



DR. FRANZ LÖSCHNAK  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II- 8501 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zl. 36 704/2-I/7/89

Wien, am 16. August 1989

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Rudolf PÖDER  
Parlament  
1017 W i e n

3995 IAB  
1989 -08- 21  
zu 4068 1J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Burgstaller und Kollegen haben am 30. Juni 1989 unter der Nr. 4068/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Piloten des Bundesministeriums für Inneres" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1) Warum wurde die von Ihnen beantragte Zulagenerhöhung für die Piloten des Bundesministeriums für Inneres bisher noch nicht durchgeführt ?
- 2) Werden Sie sich für eine rückwirkende Gleichstellung der Piloten des Bundesministeriums für Inneres mit den Heerespiloten hinsichtlich der Besoldung und der Zulagen verwenden ?
- 3) Was hat Ihr Ressort seit dem 24. November 1988 unternommen um für die 35 Piloten des Bundesministeriums für Inneres die gehaltliche Situation zu verbessern um eine Gleichstellung zu erreichen ?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Für die Verwirklichung der von meinem Ministerium im vergangenen November beantragten besoldungsrechtlichen Gleichstellung

-2-

der Piloten des Innenressorts mit jenen des Bundesheeres ist eine Änderung des Gehaltsgesetzes 1956 erforderlich. Das Bundeskanzleramt hat die hierfür erforderlichen Verhandlungen eingeleitet. Ihr bisheriger Verlauf gibt zur Hoffnung Anlaß, daß die Gespräche schon in naher Zukunft zu einer angemessenen Lösung des Problems führen werden.

Zu Frage 2:

Der am 24. November 1988 an das Bundeskanzleramt gerichtete Antrag zielt auf eine rückwirkende Gleichstellung der Piloten des Bundesministeriums für Inneres mit den Piloten des Bundesheeres ab. Ich sehe keinen Grund, von dieser Forderung abzugehen.

Zu Frage 3:

Es haben am 16. Jänner, am 19. Juni und am 27. Juli dieses Jahres im Bundeskanzleramt Besprechungen im Gegenstand stattgefunden, an denen auch Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen beteiligt waren. Eine weitere Besprechung wird in der ersten Septemberwoche 1989 stattfinden.

Frauz (J)